

IHK Offenbach am Main - Stadt und Kreis, Montag, 17. Dezember 2018

Fahrverbote mindern die Attraktivität von Wirtschaftsstandorten

Unternehmen und Pendler brauchen schnell Sicherheit

Zum dritten Mal hat die Industrie- und Handelskammer (IHK) Offenbach am Main ihre Mitgliedsunternehmen zur Zufriedenheit mit ihrem Standort befragt. „Die Antworten müssen noch ausgewertet werden. Eins können wir aber heute schon sagen: das Thema Mobilität bewegt – im wahrsten Sinne des Wortes – die Unternehmen“, so IHK-Präsidentin Kirsten-Schoder-Steinmüller.

Die Anbindung an den Flughafen und an die Fernstraßen blieben auch in diesem Jahr wieder die Standortfaktoren, die die höchsten Zufriedenheitswerte von den 30 bewerteten Standortfaktoren erzielen konnten. Für 75 Prozent der Befragten habe die Anbindung an die Fernstraße eine hohe bis sehr hohe Bedeutung. Auch die Anbindung an den ÖPNV und die S-Bahn sei für die Unternehmen wichtig: 60 Prozent gäben an, dass die Bedeutung „hoch“ oder sogar „sehr hoch“ für das eigene Unternehmen sei.

„Mobilität und wirtschaftliche Entwicklung sind eng miteinander verbunden. Wir leben in einer überaus attraktiven und erfolgreichen Wirtschaftsregion. Damit das so bleibt, müssen wir alles tun, um die Mobilitätsbedürfnisse der Unternehmen und der Bevölkerung bestmöglich zu erfüllen. Wir erwarten in der nächsten Woche eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel, die hoffentlich klärt, wie es mit möglichen Fahrverboten in Frankfurt weitergeht“, so die IHK-Präsidentin.

Um Fahrverbote in Offenbach zu vermeiden, bedürfe es weiterer Schritte. Denkverbote dürfe es dabei nicht geben. „Fahrverbote mindern die Attraktivität von Wirtschaftsstandorten: Pendler kommen nicht mehr zu ihren Arbeitsplätzen, Kunden suchen sich andere Orte zum Treffen und Einkaufen und die Belieferung der Unternehmen wird deutlich schwieriger. Wir müssen durch einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr gerade bei den Berufspendlern eine Verkehrsverlagerung ermöglichen. Taktverdichtung, eine bessere Verknüpfung der einzelnen ÖPNV-Träger und die Einführung einer Bahnverbindung, der bereits erwähnten Südtangente, über den Offenbacher Hauptbahnhof sind dafür wichtige Bestandteile“, erklärte Schoder-Steinmüller. Sie würden aber allein nicht ausreichen, um große Umsteigezahlen vom Auto auf den ÖPNV zu verkraften. Neue Ideen seien gefragt, bei denen sich auch die IHK einbringen werde.

IHK-Hauptgeschäftsführer Markus Weinbrenner ergänzte: „In diesem Zusammenhang begrüßen wir die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung für die Stadt Offenbach beim Thema Luftreinhaltung. Es ist auch im Sinne unserer Mitgliedsunternehmen, wenn durch die Fördermittel die weitere Verbesserung des ÖPNV angegangen und der Verkehr durch eine optimierte Ampelsteuerung flüssiger fließen kann. Die angedachten Pfortnerampeln lehnen wir aber weiterhin ab.“

Die Freude über die Unterstützung mit knapp vier Millionen Euro sei allerdings getrübt. Viele Unternehmen seien durch die Fahrverbote stark verunsichert. Es sei für sie völlig unklar, welche Auswirkungen die Diskussionen in den verschiedenen Städten in der Region für sie haben werden. „Viele Unternehmen wissen derzeit nicht, wie sie sich bezüglich ihres Fuhrparks, ihrer Firmenwagen und den Mitarbeitern mit Diesel-Pkw, die zur Arbeit pendeln, verhalten sollen“, so Weinbrenner.

So gehe es vielen Unternehmen und Pendlern in der Region. Alleine aus Stadt und Kreis Offenbach pendelten täglich 55.354 Menschen nach Frankfurt und 4.120 nach Darmstadt. Umgekehrt pendelten 15.164 Personen aus Frankfurt und 2.653 aus Darmstadt täglich in die Region Offenbach. Viele davon führen mit dem Auto. In Offenbach fielen 35 Prozent der angemeldeten Fahrzeuge unter ein Fahrverbot.

Auch die unklare Situation bei den Hardware-Nachrüstungen müsse endlich geklärt werden. Es bedürfe Klarheit darüber, welche Fahrzeuge wann und zu welchen Kosten nachgerüstet werden und wie Automobilhersteller und Fördermittel die Betroffene dabei unterstützen können. Das Land Hessen solle eine Stelle einrichten, bei den Informationen für betroffene Unternehmen und Bürger gebündelt zur Verfügung gestellt würden.

Von der künftigen Landesregierung fordert Schoder-Steinmüller: „Die Planungskapazitäten müssen beim Land deutlich aufgestockt werden, um mit dem Ausbau des Offenbacher Kreuzes und der Autobahn A3 zwischen Offenbach und Hanau endlich beginnen zu können. Um die Mobilität in der Region sicherzustellen, müssen auch Schienenprojekte, wie die Regionaltangente West und die Südtangente realisiert werden. Gleichzeitig muss das bestehende ÖPNV-System optimiert werden, wie zum Beispiel die Dreieichbahn. Vor dem Hintergrund drohender Fahrverbote brauchen Unternehmen und Pendler außerdem schnell Sicherheit und eine klare Perspektive, wie sie zukünftig in der Region unterwegs sein können.“